

# Weißeritz-Zeitung

## Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Heilige Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 1.20 RM.  
mit Ziffern, einzelne Nummern 15 Reichspfennige  
Gemeinde-Verbands-Girokonto  
Nr. 3 :: Gemütschreiber: Amt Dippoldiswalde  
Nr. 403 :: Postcheckkonto Dresden 12 848

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts  
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 11 Millimeter breite  
Postzelle 20 Reichspfennige. Eingesandt und  
Reklamiert 80 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Uhne. — Druck und Verlag: Carl Uhne in Dippoldiswalde.

Nr. 211

Mittwoch, am 10. September 1930

96. Jahrgang

### Wertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Eine der übelsten Begleitererscheinungen des Wahlkampfes ist das Ankleben von Plakaten, Zetteln und Zettelchen und das Beschmieren mit roter Farbe an Lichtmasten, Hauswänden, Grundstücksmauern, Fußbahnen und dergleichen zu nächstlicher Stunde. Schon zur Landtagswahl haben wir darauf hingewiesen, wie verunstaltet dadurch das ganze Straßenbild wird; denn die Plakate usw. werden dann teilweise abgerissen, Hakenbleiben, bis der Regen sie abwascht. Ein großer Teil der Mästen unserer städtischen Elektrizitätsversorgung ist im vergangenen Jahre frisch gestrichen worden, ein anderer Teil wurde neu gesetzt. Wie schlecht sehen alle die Mäste heute schon wieder aus. In vergangener Nacht ist die kommunistische Partei wieder am Werke gewesen und hat die Mäste verunziert, andere Parteien werden folgen. Verspricht man sich von solcher "Werbung" wirklich Erfolg? Und wenn nun schon eine Partei glaubt, ohne solche Werbung, die übrigens dem Regulatior über das Anschlagswesen unserer Stadt widerspricht, nicht auskommen zu können, dann sollte sie wenigstens soviele Anstandsgefühl besitzen, nach der Wahl die unschönen Reste alter Plakate schnellstens wieder zu entfernen. Wir wollen wünschen, daß das diesmal Erfache wird.

Dippoldiswalde. In Grauenstein tagte am Dienstag im Bahnhotel der Saalinhaber-Verband der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde. Der Besuch war, den früheren Versammlungen angemessen, ein recht guter. Vorsitzender Marschner, Schmiedeberg, begrüßte alle Erschienenen und trat sofort in die fünf Punkte enthaltende Tagesordnung ein. Wie immer, so lagen auch diesmal wieder Abschriften von Konzessionsgesuchen vor, die die Amtshauptmannschaft zum Durchsprechen versandt hatte. Im ersten Schreiben wurde um Schankgenehmigung auf dem Sportplatz in Höckendorf und im zweiten um Errichtung eines Cafés in Dittersdorf ersucht. In einem weiteren Schreiben wurde um Baugenehmigung zu einem kleinen Saale in Höckendorf gebeten. In den beiden ersten Fällen wird die Amtshauptmannschaft um Ablehnung gebeten, während dem letzten Gesuch von Seiten des Saalinhaber-Verbandes zugesprochen wurde. Zur Verbandstagung in Crimmitschau nahmen vom biesigen Verband die Kollegen Marschner, Schmiedeberg, Hoinka, Kreischa, und Ehrenmitglied Otto, Dönschen, teil. Einen Bericht von der Tagung erstattete Vorsitzender Marschner nicht, da er ja ebenfalls nur das sagen konnte, was bereits im letzten "Saalinhaber" ausführlich berichtet wurde. Zum 1. Vorsitzenden des Landesverbandes wurde diesmal der bisherige 2. Vorsitzende, Bernhard Pehold, Leipzig, gewählt. Ehrenmitglied Otto, Dönschen, erstattete einen Bericht über die Begräbniskasse. In der Amtshauptmannschaft ist ein Konzessionsausschuß gebildet worden. Diesem gehören fünf Mitglieder (ein Vertreter vom Gastwirtverein, je zwei von dem Saalinhaber-Verband Dippoldiswalde und dem Gastwirtverein Müglitztal) an. Außerdem wurden noch drei Beisitzer gewählt. Der biesige Saalinhaber-Verband wird von den Kollegen Marschner, Schmiedeberg, Kant, Nassau, und Hartwig, Rechenberg-Bienenmühle, vertreten. Gewählt wurde als Ausschuß-Vorsitzender Jahn, Glashütte, und als dessen Stellvertreter Marschner, Schmiedeberg. Der Ausschuß hat den Zweck, gemeinsame Beschlüsse über Konzessionsgesuche zu fassen, um diese dann geschlossen den maßgebenden Behörden unterbreiten zu können. Konzessionsgesuche werden in Zukunft nur noch von dieser Stelle aus behandelt werden. Zum Schlus gab Vorsitzender Marschner noch bekannt, daß ja jeder Saalinhaber bei Wählerversammlungen sich von dem Versammlungsleiter einen Revers unterschreiben lassen sollte, um sich vor Schaden zu schützen. Die nächste Versammlung findet am 14. Oktober beim Kollegen Großlich in Görlitz statt.

Dippoldiswalde. Auf dem Obertorplatz fuhr gestern nachmittag gegen 1/26 Uhr der Bädergehilfe Krock aus Dresden mit seinem Motorrade das 13jährige Schulmädchen Kohl aus Reinholdshain an. Das Mädchen war von der Verkehrssiel aus hinter einem Auto weg- und dem Motorradfahrer direkt ins Rad gelaufen. Es erlitt leichte Hautabschürfungen und Prellungen am Kopf. Dr. Bach leistete ärztliche Hilfe, worauf das Mädchen heimkehren konnte.

Glashütte. Unfall mit tödlicher Folge trug sich am Dienstag vormittag gegen 9 Uhr in der Löwischen Schmiedewerkstatt in Überwesenheit des Schmiedemeisters L. zu. Beim Auflösen eines Rades an einem Kraftwagen, der durch die Wagenwinde hochgestellt war, kam der seine Lehrzeit bald beendende Lehrling Willi Frömmig unter den, auf unaufgeklärte Weise niedergehenden schweren Wagen, wobei der

### Deutsche Fragen vor dem Völkerbundsrat.

Kolonialfrage — Danzig — Ostsachsen — „Bahnshuh“

Ges. 9. September.

Der Völkerbundsrat hat in seiner Vormittagssitzung zwei Danziger Fragen, einige Beschwerden der deutschen Minorität in Oberschlesien und die Frage des Bahnshuhes im Saargebiet behandelt.

Zunächst nahm der Rat den Bericht des finnischen Außenministers Procopé über die ordentliche Sitzung der Mandatsskommission im Juli dieses Jahres entgegen. Der Berichtsteller ging in diesem Zusammenhang kurz auf den bekannten

englischen Plan einer engeren Verbindung des Tanganjika-Gebietes mit dem benachbarten englischen Territorium von Kenya und Uganda

ein. Die englische Regierung habe in dem Weißbuch, das über diese Absicht Aufschluß gab, der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Mandatsskommission in der Lage sein werde, zu dieser Frage auf ihrer Tagesordnung im Oktober Stellung zu nehmen. Sie habe sich verpflichtet, vor einer endgültigen Entscheidung sich mit der Mandatsskommission ins Benehmen zu setzen. Der Rat nahm den Bericht an. Vorher gab Reichsaußenminister Dr. Curtius eine kurze Erklärung ab, in der er betonte, daß die deutsche Regierung sich vorbehalten müsse, auf Einzelheiten des Berichtes, aamentlich auf die Tanganjika-Frage bei späterer Gelegenheit zurückzukommen. — Der englische Außenminister Henderson berichtete über die von dem Volkstag und dem Senat der Freien Stadt Danzig beschlossene Verfassungsänderung, der aufgrund u. a. bekanntlich die Zahl der Volkstagsabgeordneten von 120 auf 72 und die Zahl der Senatorn von 22 auf bestimmte Zeit zu wählen und von seinem Vertrauen abhängig sein soll. Diese Verfassungsänderung wurde vom Völkerbundsrat ohne Ausprache genehmigt. — Der Rat besprach sodann die ost-sächsischen Fragen. Die Petition des Deutschen Volksbundes wegen der Richterneuerung der Dienstverträge von 32 Ärzten durch die Leitung der polnischen Knapschaftskasse in Tarnowiz wurde mit der Feststellung erledigt erklärt, daß die polnische Regierung das Gutachten des Vorsitzenden der Gemeinsamen Kommission für Oberschlesien angenommen hat. Der polnische Außenminister Jalecki lagte zu, daß die polnische Regierung alles in ihrem Bereich liegende zur Durchführung des Gutachtens tun werde, daß sie aber nur beschränkte Wirkungsmöglichkeiten habe. Auch die Beschwerde des Deutschen Volksbundes wegen der Verweigerung der Erlaubnis der Prozeßführung für den Minderheitengesetzlichen Rechtsanwälten Otto Dehmann vom Kreisgericht in Lublin wurde für erledigt erklärt, nachdem diese Erlaubnis durch Beschluss des Präsidenten des Katowicer Distriktsgerichts nunmehr erteilt worden ist. Eine weitere Beschwerde wegen der Nichtzulassung von 60 Kindern, die seinerzeit auf Grund der Maurerischen Prüfungen in die polnischen Schulen umgeschult worden waren, wurde der Ratstagung der zur zweiten Versammlung überwiesen. Ein Bericht über die Frage der Formalitäten bei der Einschreibung für die Minderheitenschulen, der feststellt, daß durch das Eingekommen der polnischen Regierung eine Einigung erzielt worden sei, wurde ohne Aussprache angenommen.

Genannt schwere Kopf- und Körperverletzungen erlitt. Noch auf dem Transport nach dem Krankenhaus wurde der Schwerverletzte durch den Tod erlöst.

Altenberg. Die Kreishauptmannschaft Dresden hat dem Rekurs der Zwittlerstadt AG. in Altenberg gegen die Verfügung der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, die Abwälzung des Bergbaues nicht in die Zustände der Müglitz leiten zu dürfen, stattgegeben. Danach könnte der seit Anfang Mai stillgelegte Zinnbergbau in Altenberg wieder eröffnet werden, wenn nicht die Papierfabriken am Unterlauf der Müglitz Rechts gegen die Verfügung der Kreishauptmannschaft Dresden einlegen.

Geising. Herzliche Teilnahme wird der Familie Pomsel hier entgegengebracht. Der Ernährer, Lokomotivheizer Arno Pomsel, ließ sich ein eigenes Heim errichten und wollte am Sonnabend seinen Bewohner einen fröhlichen Hebefestmahl bieten, als ihn eine schwere Krankheit plötzlich überfiel und ihm die Vollendung seines Planes nicht erleben ließ und seinem Witwen ein frühes Ziel setzte.

Borna. 9. September. In der Nacht zum Sonntag wurde nach Zertrümmerung einer Fensterscheibe im hiesigen Güter-

Ueber die Frage des Bahnshuhes im Saargebiet, zu der der italienische Außenminister Grandi den Bericht erläuterte. Der Rat nahm den Antrag des Berichtstellers an, die Frage aus einer der nächsten Sitzungen des Rates während der jetzigen Völkerbundtagung zu verlegen. Inzwischen wird auf Vorschlag des französischen Außenministers Briand eine Kommission, bestehend aus dem französischen Außenminister, dem deutschen Außenminister, dem Generalsekretär des Völkerbundes und dem Berichtsteller zusammenentreten, um verschiedene Fragen zu klären. Dr. Curtius erklärte sich mit diesem Verfahren einverstanden und gab der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß der Rat den Beschluss auf sofortige, reislose Zurückziehung des Bahnshuhes fassen werde.

Für das Weiterbestehen des Bahnshuhes im Saargebiet sei kein Grund mehr vorhanden. Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages habe die Regierungskommission des Saargebiets für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch Gendarmerie zu sorgen. Sollten die hierfür zur Verfügung stehenden Kräfte nicht ausreichen, so habe die Regierungskommission stets die Möglichkeit, darüber hinaus im Lande selbst sich eine weitere Sicherheitsorganisation zu schaffen. Die deutsche Regierung habe von Anfang an und stets gegen die Errichtung des sogenannten Bahnshuhes protest eingeleget. Der Bahnshuh sei keinerzeit ausschließlich zur Sicherung der rüttwältigen Verbindungen der Besatzungsarmee gebildet worden. Die Mitteilung der Regierungskommission an den Völkerbundsrat verstehe er so, daß diese alles getan habe, was in ihren Kompetenzen liegt.

Es sei jetzt Sache des Völkerbundsrates, die reislose Zurückziehung des Bahnshuhes im Saargebiet zu beschließen.

Er gebe der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß das vorzuschlagene Verfahren nicht zu einer Verschiebung der Angelegenheit führen werde und daß schon in einer der nächsten Sitzungen des Rates die endgültige Entscheidung über die Zurückziehung des Bahnshuhes erfolgen werde. In einer kurzen Erwidern betonte Briand, er sei mit dem deutschen Ratsmitglied der Meinung, daß die Angelegenheit beschleunigt behandelt werde.

Er, Briand, gebe zu, daß durch die Räumung des Rheinlandes auch für den Bahnshuh ein neues Faktum geschaffen worden sei.

Dieser Tatsache sei durch die Verminderung der Bahnshuhkräfte vom 31. 8. 30 Rechnung getragen worden. Der Bahnshuh habe aber auch noch die Aufgabe, für die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs zu sorgen. Er erklärte nachdrücklich, daß Frankreich kein Interesse habe, unter irgendinem Vorwand noch Soldaten im Saargebiet zu bepalten. Daraufhin ergriff Dr. Curtius nochmals kurz das Wort. Er stellte fest, aus den Ausführungen des französischen Ratsmitgliedes habe er entnommen, daß das vorgeschlagene Verfahren einer Beschleunigung dienen soll. Er erwarte, daß die Frage in kürzester Frist endgültig gelöst werde. Weiter stellte Dr. Curtius fest, daß die von Briand vorgetragene Kürzung über den Charakter des Bahnshuhes mit der Absicht der deutschen Regierung nicht überein stimme. Vorzüglich wird der Rat schon am Donnerstag nachmittag nochmals zu der Frage Stellung nehmen.

bahnhof eingedrungen. In der Schreibstube hat der bis jetzt noch unbekannte Täter sämliche unverschlossen gewesene Pulse durchwühlt. Er hat anscheinend nur nach Geld gesucht, aber nichts gefunden.

Garsbach. In der Nacht zum Dienstag wurde in das Stationsgebäude des hiesigen Bahnhofs ein Einbruch verübt. Die Täter gelangten nach Zertrümmerung von Fenstern und Türen ins Kassenzimmer, wuchelten die etwa einen halben Zentner schwere Stationskasse heraus und schlepten sie fort. Sie wurde später erbrochen aufgefunden. Den Dieben sind ungefähr 100 M. Bargeld in die Hände gefallen. Die Werkzeuge zur Ausführung des Einbruchs hatten sie zuvor in der Fichtenmühle entwendet.

### Wetter für morgen:

Wolkig bis zeitweise heiter, dabei besonders in den Morgen- und Abendstunden dunstig oder nebelig. Nachts kühl, tagsüber im Flachland gemäßigt. Temperaturen und in den Mittagsstunden mäßig warm. Schwache bis mäßige Winde vorwiegend aus östlichen Richtungen.